

PROTOKOLL

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement am Donnerstag, den
02.09.2021,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: AG/020/2021
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 20:58 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Axel Uffmann

Mitglied CDU-Fraktion

Harald Kruse
Günter Oberschmidt
Thomas Schulke
Christian Terbeck

Mitglied SPD-Fraktion

Karin Kattner-Tschorn
Annegret Mielke

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer
Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG e. V.

Peter Mittelberg

Mitglied FDP-Fraktion

Johannes Marahrens

von der Verwaltung

Frithjof Look
Guido Kunze
Alexandra Knieper
Michael Schönwald

ProtokollführerIn

Maren Hohmann

Abwesend:

Vorsitzende

Christina Tiemann

Mitglied CDU-Fraktion

Bernd Gieshoidt

Mitglied SPD-Fraktion

Gerhard Boßmann

Mitglied UWG e. V.

Peter Spiekermann

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 27.05.2021
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Unterjähriger Finanz- und Leistungscontrollingbericht für den Ausschuss für Gebäudemanagement zum Stichtag 31.05.2021
Vorlage: 01/2021/0208
- TOP 7 Vollendete Maßnahmen seit Erstellung der Prioritätenliste
Vorlage: 01/2021/0238
- TOP 8 Aktueller Stand der Prioritätenliste
Vorlage: 01/2021/0233
- TOP 9 Umbau Schürenkamp 14 - Beschluss zur Umsetzung
Vorlage: 01/2021/0234
- TOP 10 Umbau der Jugendherberge zu einer Kindertagesstätte -
Umsetzungsbeschluss LPH 3
Vorlage: 01/2021/0236
- TOP 11 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird von Herrn stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Uffmann um 19:00 Uhr eröffnet. Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Hr. Uffmann begrüßt die anwesenden Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Hr. Uffmann schlägt vor, den nichtöffentlichen Teil von der Tagesordnung zu streichen. Nach Zustimmung der Ausschussmitglieder wird der nichtöffentliche Teil von der Tagesordnung gestrichen.

Danach wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 27.05.2021

Das Protokoll der Sitzung vom 27.05.2021 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Hr. Look teilt mit, dass die KiTas in Wellingholzhausen und Oldendorf fertig gestellt werden konnten. Ebenfalls konnte die Schlüsselübergabe für das neue Feuerwehrhaus in Wellingholzhausen erfolgen und an der KiTa Bruchmühlen eine neue Maßnahme begonnen werden. Dort habe sich die Vergabe der Erdbauarbeiten sehr schwierig gestaltet, aber es werde weiter versucht, den Zeitplan einzuhalten.

Hr. Kunze teilt zum Thema Digitalisierung mit, dass Mitte 2019 das Förderprogramm und anschließend Anfang 2020 ein Leitfaden vom Landkreis Osnabrück veröffentlicht worden seien. Nach einem Vergabewettbewerb sei ein externes Büro mit der Ausführungsplanung beauftragt worden. Bei der Grundschule Bruchmühlen sei die Maßnahme bereits abgeschlossen. Bei der Ratsschule Melle-Mitte werde die Maßnahme derzeit mit Kosten von ca. 135.000 € ausgeführt. Bei der OBS Neuenkirchen sei der Auftrag mit einem Volumen von 120.000 € vergeben worden. Bei der OBS Buer erfolgte die Abstimmung mit der Schule, sodass demnächst die Ausschreibung erfolge. Die Kosten werden auf ca. 140.000 € geschätzt. Im Jahr 2022 seien die Grundschulen Grönenberg, Oldendorf, Eicken-Bruche, Buer, Wellingholzhausen und Neuenkirchen an der Reihe und im Jahr 2023 die Grundschulen Engelgarten, Westerhausen, Riemsloh und Gesmold.

Hr. Kunze führt weiter zu dem Thema Photovoltaikanlagen auf KiTa-Gebäuden aus, dass die Regelungen in Abhängigkeit von den Trägerverträgen stehen, welche vom Amt für Familie,

Bildung und Sport neu aufgelegt worden seien. Die Frage der Eigenstromversorgung sei in dem Rahmen möglich, wenn die Stadt Melle der Vertragspartnerin sei. Es werde aber noch eine abschließende Rechtsberatung von einem Spezialisten aus dem Bereich Energierecht geben.

Weiter habe es bezüglich der Sporthalle Gesmold einen Besprechungstermin mit einem Planungsbüro gegeben mit dem Ziel, die anstehende Dachsanierung weiterhin mit anderen Maßnahmen zur Bildung von sinnvollen Bauabschnitten zu kombinieren.

Hinsichtlich der Sporthalle Haferstraße sei die Beauftragung der Einhausung der Lüftungsanlage erfolgt, sodass mit der Einhausung vor dem Winter gerechnet werde.

Hr. Kruse teilt mit, dass er vernommen habe, dass die Digitalisierung bis zur letzten Grundschule 5 Jahre dauern soll. Im Verwaltungsausschuss seien vor einigen Wochen die Geräte beschafft worden. Weiter seien die Anschlüsse an den Gebäuden nicht zeitgerecht dargestellt worden und die Abschreibungsfristen von den angeschafften Geräten würden 4 Jahre betragen. Man sei allerdings erst in 5 Jahren soweit, die Digitalanschlüsse an die Gebäude zu bekommen. Diese Zeitpläne scheinen nicht aufeinander abgestimmt worden zu sein. Die Umsetzung müsse schneller erfolgen.

Hr. Uffmann antwortet hierzu, dass die Digitalisierung bis 2023 abgeschlossen werden solle. Bei den 5 Jahren handele es sich um die Frist zum Mittelabruf der Förderung.

Hr. Look ergänzt, dass unterschieden werden müsse zwischen der technischen Infrastruktur, die man als Schulträger zu schaffen habe und der Beschaffung von Dienstgeräten, was die Kommune als Landesaufgabe übernehmen würde.

Hr. Schulke teilt mit, dass er erschrocken sei über den Umgang mit der Sporthalle in Gesmold. Im Ausschuss für Gebäudemanagement im Mai 2021 sollten bereits kleinteilige Maßnahmen vorgestellt werden. Auf den Antrag des Sportvereins und des Ortsrats kam nach einiger Zeit die Antwort, dass die Sanierung der Sporthalle mit der Sanierung der Schule als Gesamtmaßnahme gesehen werde. Die Planung hierfür starte im Jahr 2022. Kleinteilige Maßnahmen würden wieder nicht genannt. Das Hallendach sei provisorisch abgedichtet worden, es laufe jedoch weiter Wasser in den Umkleidekabinen. Dies sei ein untragbarer Zustand. Die Zusagen der Verwaltung würden nicht eingehalten. Er habe den Wunsch gehabt, dass in der heutigen Sitzung etwas dazu gesagt werde und möchte seinen Unmut darüber kundtun, dass es mit dem Austausch von 2 Deckenplatten nicht getan sei. Dies sei keine Lösung. Es sei enttäuschend, wie hier mit den Gebäuden der Stadt Melle umgegangen werde.

Fr. Mielke fragt bezüglich der Auflistung der Schulen nach, was in der Grundschule Eicken-Bruche passieren werde.

Hr. Kunze antwortet hierzu, dass im Zusammenhang mit der Digitalisierung die Grundschule Eicken-Bruche im Jahr 2022 an der Reihe sei.

**TOP 6 Unterjähriger Finanz- und Leistungscontrollingbericht für
den Ausschuss für Gebäudemanagement zum Stichtag
31.05.2021
Vorlage: 01/2021/0208**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Gebäudemanagement nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 7 Vollendete Maßnahmen seit Erstellung der Prioritätenliste
Vorlage: 01/2021/0238**

Hr. Look führt aus, dass seit Erstellung der Prioritätenliste 70 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 40 Mio. Euro umgesetzt worden seien. Dies zeige, dass in den Gebäudebestand investiert und die Maßnahmen planvoll und strukturiert abgearbeitet werden.

Hr. Kunze ergänzt, dass neben dem Investitionsvolumen die vielen kleinen Maßnahmen unterhalb von 100.000 Euro beeindruckend seien.

Hr. Terbeck führt aus, dass zwar viel geschafft worden sei, jedoch noch viel auf dem Plan stehe. Es seien zu lange Zeiträume bis zu den Umsetzungen und es müsse gelingen, schneller zu werden. Es sei noch nicht das, was man sich vorstelle, sodass eventuell mehr externe Unterstützung zugezogen werden müsste. Derzeit sei ein Volumen von 18 Mio. Euro nicht abgearbeitet.

Hr. Kruse fragt nach, wie generell mit laufenden Reparaturen und Instandsetzungen umgegangen werde, wie beispielsweise die Sporthalle Gesmold, und ob es hierfür spezielle Mitarbeiter gebe, die sich ausschließlich um diese Dinge kümmern.

Hr. Kunze antwortet hierzu, dass der Hochbau sich um die größeren Maßnahmen und der TGA-Bereich sich größtenteils um das laufende Geschäft kümmere. Bei der Sporthalle Gesmold habe man die Mitteilung vom Hausmeister bekommen, dass erstmalig Wasser in den Umkleidebereichen zu verzeichnen sei. Diese Woche habe man sich den Zustand vor Ort angesehen und bereits eine Lösung gefunden.

Hr. Wüsthube stellt die Frage, was theoretisch passieren müsse, um die Sanierungen schneller durchführen zu können und ob beispielsweise 20 Mio. Euro hilfreich seien oder 3 neue Objektmanager oder wenn jede 2. Maßnahme extern vergeben werde.

Hr. Look antwortet hierzu, dass neue Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt erstmal gefunden werden, die Bauwirtschaft entsprechende Angebote abgeben und die externen Büros freie Kapazitäten haben müssten. Man könne verstehen, dass die Sanierung des Gebäudebestandes schneller gehen sollte. Dies sei aber in der derzeitigen Situation nicht umsetzbar, da der Arbeitsmarkt im technischen Bereich ausgeschöpft und die Baufirmen relativ voll mit Aufträgen seien. Anhand der Prioritätenliste werden die Maßnahmen aber weiterhin planvoll und strukturiert umgesetzt.

Hr. Marahrens führt aus, dass beispielsweise eine Dachlatte vor einem Jahr noch 0,80 Euro gekostet habe und heute 3,90 Euro. Das seien die Dimensionen, mit der Verwaltung auch arbeiten müsse.

TOP 8 Aktueller Stand der Prioritätenliste
Vorlage: 01/2021/0233

Hr. Schönwald führt aus, dass die Spalte „Umsetzungszeitraum“ entfernt worden und zusätzlich in den Anlagen zur Prioritätenliste die „Sortierung nach Gebäudetypen“ aufgenommen worden sei. Dies habe auch den Anlass dazu gegeben, die weitere Spalte „Rang“ in Bezug auf die Maßnahme einzufügen. Die OBS Buer habe eine neue Maßnahme zur Inklusion bekommen, da eine Schülerin auf den Rollstuhl angewiesen sei und somit im 2. Bauabschnitt ein Fahrstuhl und Automattüren eingebaut werden würden. Darüber hinaus sei eine Maßnahme für eine dauerhafte Lösung für Wohnungslose auf der Prioritätenliste neu dazugekommen sowie eine veränderte Bewertung für die Heizungsanlage der Sporthalle Buer aufgrund gesetzlicher Vorgaben.

Hr. Schulke führt aus, dass es vernünftig sei, die Umsetzungszeiträume aus der Prioritätenliste entfernt und die Spalte „Rang“ aufgenommen zu haben. Wenn man sich nun die neue Prioritätenliste ansehe, könne man in Bezug auf die Rangfolge anhand des Gesamtbudgets und den für die Maßnahmen geplanten Ausgaben spekulieren, wann die einzelnen Maßnahmen an der Reihe seien. Die Frage sei jedoch, ob man da so mathematisch rangehen könne.

Hr. Look antwortet hierzu, dass man das nicht könne, da die Rangfolge dafür da sei, eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Sortierungen herzustellen. In einer einzelnen Sortierung sei beispielsweise eine Grundschule relativ weit oben, im Zusammenspiel aller geplanten Maßnahmen sei die Grundschule dann vielleicht relativ weit unten.

Hr. Wüsthube teilt mit, dass er mit der Systematik der Rangfolge einverstanden sei. Man habe eine Orientierung, wann die Maßnahme an der Reihe sei. Ein bestimmtes Umsetzungsjahr könne jedoch daraus nicht abgeleitet werden. Es stelle sich jedoch bezüglich der Jahnsporthalle mit 27 Punkten und Rang 1 auf der Prioritätenliste die Frage, ob diese Maßnahme nicht aufgrund der geplanten Kreissporthalle von der Prioritätenliste gestrichen werden könne oder ob erst auf die Grundsteinlegung gewartet werde.

Hr. Uffmann antwortet, dass dies sicherlich der Grund sei. Es müsse erst Sicherheit darüber bestehen, dass eine neue Sporthalle entstehe. Dann erst könne man planen, was mit der anderen Halle passiere. Die Verträge bezüglich der Kreissporthalle sollten erstmal geschlossen werden, bevor eine Streichung erfolge.

Fr. Buermeyer teilt mit, dass sie hohen Respekt habe vor der Leistung der Fachämter, auch in Zusammenarbeit mit der Politik. Ihr sei aufgefallen, dass der Fahrstuhl im Veranstaltungsraum Riemsloh als Maßnahme der Barrierefreiheit seit 15 Jahren im Gespräch sei, aber auch der neue Listenplatz nicht zur Zufriedenheit führe. Alle Maßnahmen würden auf Gesamtkosten basieren, nur der Fahrstuhl als einzige Maßnahme nicht. Trotzdem habe dieser eine Bepunktung bekommen. Sie stelle sich daher die Frage, wie das kommen könne.

Hr. Schönwald antwortet, dass es nicht die einzige Maßnahme ohne Kosten sei. Bei den Maßnahmen ohne Kostenansatz seien noch keine Ressourcen dafür verwendet worden, eine Kostenkalkulation durchzuführen, da die Maßnahmen noch nicht im oberen Bereich der Prioritätenliste stehen. In der Prioritätenliste wurde sich auf die 3 bekannten Kriterien geeinigt. Eine soziale Komponente sei sicherlich möglich, aber derzeit nicht vorhanden.

Fr. Buermeyer teilt mit, dass sie noch nicht verstanden habe, wie eine Folgekostenbewertung erfolgen könne ohne Gesamtkostendarstellung.

Hr. Schönwald konkretisiert, dass das Kriterium Folgekosten aufzeige, welche Kosten entstehen würden, wenn die Maßnahme nicht umgesetzt werde, wie beispielsweise Mehrkosten durch Anmietung anderer Räumlichkeiten oder erhöhte Energiekosten. Bei dem Fahrstuhl sehe man erstmal keine Folgekosten durch die Nichtdurchführung der Maßnahme.

Fr. Buermeyer ergänzt, dass diese Folgekosten vorhanden seien, da aufgrund des nicht vorhandenen Fahrstuhls auf andere Räumlichkeiten ausgewichen werden müsse, die angemietet werden müssten. Sie fragt daher nach, ob diese Kosten dann eingereicht werden müssten.

Hr. Schönwald antwortet hierzu, dass bisher nicht bekannt gewesen sei, dass auf andere Räumlichkeiten ausgewichen werden müsse und der Stadt Melle dafür Mietkosten entstanden sei. Wenn tatsächlich aufgrund der Ausweichoptionen höhere Kosten entstehen, dann müsse das erörtert werden.

Hr. Oberschmidt ergänzt, dass am 26.01.2012 erstmalig zwei Angebote an das damalige Liegenschaftsamt über Einbaumöglichkeiten von Fahrstühlen im Veranstaltungsraum Riemsloh gesendet wurden. Laut Verwaltung seien die Firmen nicht geeignet gewesen, um in öffentlichen Gebäuden Aufzüge zu installieren. Bis zum 28.11.2019 habe die Angelegenheit dann geruht und sei ab dann im Gebäudemanagement wieder aufgetaucht. Es würde Unmut verursachen, wie mit so einem Projekt umgegangen werde.

Hr. Uffmann teilt mit, dass es sich hierbei um ein ähnliches Thema wie bei der OBS Buer bezgl. der Inklusionsmaßnahmen handele. Dort sei es jedoch eine gesetzliche Pflichtaufgabe, einer Schülerin die Beschulung barrierefrei zu ermöglichen. Im sozialen Aspekt der Teilhabe gebe es diese gesetzliche Verpflichtung zur Barrierefreiheit nicht. Dadurch werde es eine von vielen Aufgaben und es käme zu der angesprochenen Unzufriedenheit.

Fr. Mielke führt aus, dass sie weiterhin unzufrieden mit der Prioritätenliste sei und sich erneut enthalten werde. Die Politik könne diese Prioritätenliste beeinflussen, aber trotzdem passiere dies nicht. Im damaligen Sozialausschuss sei beschlossen worden, dass der Fahrstuhl in Riemsloh kommen solle. Dies sei aber bis heute nicht passiert.

Hr. Uffmann antwortet, dass die Politik sehr wohl die Prioritätenliste ändern könne, wenn Einigkeit herrschen würde. Dies sei aber in letzten 5 Jahre nicht durchgesetzt worden in diesem Ausschuss.

Der Ausschuss für Gebäudemanagement empfiehlt daher einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

Die vorliegende Prioritätenliste vom 18.08.2021 wird als grundsätzliches Bauprogramm des Gebäudemanagements beschlossen.

TOP 9 Umbau Schürenkamp 14 - Beschluss zur Umsetzung
Vorlage: 01/2021/0234

Hr. Look führt aus, dass das Vorhaben bereits im Ortsrat Melle-Mitte vorgestellt worden sei und die dort gestellten Fragen vorab hier bereits geklärt werden sollen. Die Nutzung des Gebäudes werde gebraucht, insbesondere auch um die angespannte Platzsituation im Stadthaus zu entspannen. Das Gebäude werde allerdings so hergerichtet, dass eine anderweitige Nachnutzung möglich sei.

Hr. Kunze stellt das Vorhaben anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Hr. Terbeck stellt ergänzend fest, dass der Ortsrat Melle-Mitte einstimmig für dieses Vorhaben gestimmt habe. Es habe kritische Stimmen aus der Reihe der CDU gegeben, die hinterfragen, in wie weit die Maßnahme sich im Hinblick auf den Neubau des Stadthaus lohne und ob die Nutzung von 10 Jahre eingehalten werde oder man doch wesentlich früher in anderen Gebäude unterkomme. Hr. Terbeck fragt weiter nach, wie die Wärme aus dem Dach abgeleitet werde, wenn dort aufgrund der Nutzung als Serverraum foliert werde.

Hr. Kunze antwortet hierzu, dass eine Klimaanlage eingebaut werde. Die Kosten des Servers seien nicht in den Kosten des Bauvorhabens einkalkuliert, da diese beim Hauptamt angesiedelt werden. Es werden allerdings die Synergien beim Errichten des Serverraums genutzt.

Hr. Mittelberg teilt mit, dass gesagt worden sei, dass der Keller feucht sei bzw. eine hohe Luftfeuchtigkeit aufweise und keine Maßnahmen erfolgen werden. Er stelle sich daher die Frage, ob keine Nutzung der Räume vorgesehen sei oder ob nichts gegen die Feuchtigkeit unternommen werde.

Hr. Kunze antwortet, dass aufgrund der Raumhöhe keine Nutzung vorgesehen sei und auch nichts unternommen werde, da der Keller zwar feucht sei, aber kein unangenehmer Geruch hochsteige. Dies sei aber nicht nachteilig für das Gebäude an sich.

Hr. Kruse fragt nach, wo festgelegt worden sei, dass das Bauamt in das Gebäude einziehe und was dann mit der derzeitigen, vom Bauamt genutzten, Fläche passiere. Weiter fragt er, ob das Holzgeländer im Treppenhaus so bleibe und mit dem Brandschutz vereinbar sei und ob das Dachgeschoss als Lagerraum vorgesehen sei. Und ob die Geruchsemission aus dem Dachgeschoss gesundheitsschädlich sei. Weiter fragt Hr. Kruse, ob genügend Platz für Fraktionen vorgesehen sei und ob in diesem Gebäude nicht die Möglichkeit für ein Bürgerbüro Melle-Mitte verpasst worden sei.

Hr. Look antwortet, dass innerhalb der Verwaltung entschieden worden sei, dass das Bauamt und das Referat der Stadtentwicklung in das Gebäude einziehen werden. Es müsse noch geklärt werden, wer dann in die derzeitigen Räumlichkeiten des Bauamtes einziehen werde. Zu den Fraktionsräumen seien mehr als 16 Plätze möglich, sodass sicherlich einvernehmliche Lösungen für die Nutzung der Räume von Fraktionen möglich seien. Bezüglich einem Bürgerbüro Melle-Mitte seien im Stadthaus alle Einrichtungen für die Verwaltungsleistung vorhanden.

Hr. Kunze ergänzt, dass durch die eingeschränkte Dachgeschossnutzung das Holzgeländer aus brandschutztechnischer Sicht unbedenklich sei. Die Geruchsemission sei durch ein Gutachten von einem externen Büro als gesundheitlich unbedenklich eingestuft worden. Es werde vor Einzug und 3 - 6 Monate nach Einzug eine Raumluftmessung durchgeführt, um

sämtliche mögliche Gefahren auszuschließen. Das Dachgeschoss werde keiner Nutzung zugeführt, da das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht gegeben sei.

Hr. Wüsthube teilt mit, dass die Nutzung des Gebäudes deutlich befürwortet werde. In seinem Besuch vor Ort habe er nur altes Holz gerochen, aber keine unangenehmen Gerüche wahrgenommen. Es stelle sich die Frage, ob die Wärme, die durch den Serverraum entstehe, genutzt werden könne. Es solle auf jeden Fall eine Photovoltaikanlage installiert werden, wenn dies vom Dach her machbar sei. Eine Nachnutzung des Gebäudes sei vielseitig denkbar, wie beispielsweise eine komplette Nutzung für Fraktionen, wie in der Stadt Bramsche. Man müsse auch bedenken, dass bis zu 10 Jahre vergehen werden, bis der Einzug in ein neues Stadthaus erfolgen könne.

Fr. Mielke teilt mit, dass die SPD-Fraktion das Vorhaben befürworte und volles Verständnis dafür habe, dass die Bauverwaltung Raum brauche. Es sei wichtig, dass mit der Gebäudeumgestaltung die Stadt Melle eine Vorbildsituation auch im Umgang mit Photovoltaikanlagen schaffe. Es werde sich ganz sicher eine spätere Nachnutzung finden.

Hr. Kruse führt aus, dass die Schule im Engelgarten Absichten bekundet habe, vollständig 3zünftig zu werden und Raum- und Platzbedarf angemeldet habe. Es stelle sich daher die Frage, ob das Gebäude wieder als Schulgebäude zu nutzen sei.

Hr. Kunze antwortet hierzu, dass das Schulamt die Zustimmung gegeben habe, das Gebäude anderweitig zu nutzen.

Hr. Wüsthube teilt mit, dass die Beschlusslage im Schulausschuss besprochen worden sei mit der Schule und der Schulleitung. Man sei so verblieben, dass eine 3-Zügigkeit vorübergehend im eigenen Bestand machbar sei. Es sei nicht von diesem Gebäude gesprochen worden, sodass dieses nicht mehr als Schulgebäude in Betracht komme.

Der Ausschuss für Gebäudemanagement empfiehlt daher einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag

Das Bauvorhaben soll, wie in der Sach- und Rechtslage sowie in den Anlagen beschrieben, umgesetzt werden.

TOP 10 Umbau der Jugendherberge zu einer Kindertagesstätte - Umsetzungsbeschluss LPH 3 Vorlage: 01/2021/0236

Hr. Kunze und Fr. Knieper stellen das Vorhaben anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Fr. Mielke führt aus, dass es gelungen sei, dieses denkmalgeschützte Gebäude einer anderen Nutzung zuzuführen, die im Umfeld volle Akzeptanz hat. Im Ortsrat sei ihr klargeworden, dass dies die erste KiTa sei, die die Stadt baut, ohne einen Träger zu haben. Sie habe daher den Vorschlag, dass Rücksprache mit einer KiTa-Leitung gehalten werde, die aus ihrer Fachkompetenz heraus die räumliche Aufteilung bewertet. Dem Ortsrat sei es sehr wichtig, dass die Historie des Gebäudes nicht verloren gehe und dokumentiert werde.

Hr. Uffmann teilt mit, dass einige Strukturen der Feierhalle durch das Raum-in-Raum Konzept erhalten bleiben.

Hr. Terbeck führt zu der Gedenkkultur aus, dass er der Meinung sei, dass man die Kinder außen vorhalten sollte, sodass keine Gedenkkultur ausgeführt werde, die in den Räumen passiere. Er würde sich für eine Gedenktafel im Außenbereich aussprechen.

Hr. Wüstehube teilt mit, dass die Maßnahme voll begrüßt werde. Man benötige den Platz für Krippen- und KiTa-Kinder. Hier handele es sich um einen zentralen Platz im Melle, wo sich Schulen, KiTas und Sportvereine versammeln, der dann mit entsprechenden Parkplätzen versehen werden müsse. Er stimme zu, dass die Erinnerungskultur nicht für die Kinder, aber am Gebäude erhalten bleiben sollte. Er stelle sich die Frage, wie der Architekt ausgedacht worden sei.

Hr. Look antwortet, dass sich der Architekt im europäischen Ausschreibungsverfahren beworben habe und dann im Verwaltungsausschuss ausgewählt worden sei.

Hr. Mittelberg teilt mit, dass der Maßnahme im vollen Umfang zugestimmt werde und die Planungen sehr gut gemacht seien.

Der Ausschuss für Gebäudemanagement empfiehlt daher einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

Das Bauvorhaben soll, wie in der Sach- und Rechtslage sowie in den Anlagen beschrieben, umgesetzt werden.

TOP 11 Wünsche und Anregungen

Hr. Uffmann bedankt sich stellvertretend für Fr. Tiemann für die konstruktive Zusammenarbeit in diesem Ausschuss.

Der Herr Ausschussvorsitzende Uffmann schließt die Sitzung um 20:58 Uhr.

13.10.2021



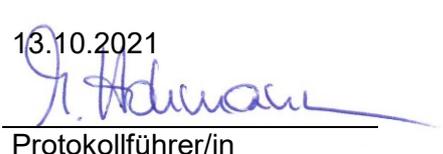
Vorsitzende/r

13.10.2021



Verw. Vorstand

13.10.2021



Protokollführer/in